

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)



Landesbezirk Berlin
Landesbezirksvorstand

Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Annika Schulze
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

schulze@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

15.10.2015

GdP: Krankheitsfälle bei Schießlehrern schnell aufklären

Studie soll Gewissheit über gesundheitliche Folgen durch Schießtraining bringen

Berlin. Nach dem Bericht des rbb-Magazins „Klartext“ über ein bislang unbekanntes Gutachten zu Gesundheitsgefahren auf Schießständen der Berliner Polizei fordert die Gewerkschaft der Polizei umfassende Aufklärung des Sachverhalts. „Die Behördenleitung muss nun so schnell wie möglich klären, wer hier seiner Aufgabe nicht nachgekommen ist. Nach unserem Kenntnisstand hätte aufgrund des Gutachtens sofort gehandelt und die betroffenen Schießstände geschlossen werden müssen“, sagte die Landesbezirksvorsitzende Kerstin Philipp.

Nun müssten zum einen alle vorhandenen Gutachten zum Zustand der Berliner Schießstände den Personalräten vorgelegt werden. Zum anderen müsse ein neues, externes Gutachten zu den jetzt ans Tageslicht gekommenen Umständen erstellt werden. „Wir wollen wissen, wie viele unserer Kolleginnen und Kollegen über gesundheitliche Probleme klagen“, sagte sie. Wenn auch nur der Verdacht bestehe, dass chronische Krankheiten und sogar Todesopfer zu beklagen sind, müsse sich darüber hinaus die Staatsanwaltschaft um das Thema kümmern.

Schießtrainer klagten über Husten, Atemnot und Kopfschmerzen

Der rbb hatte in seinem Bericht mit mehreren Schießtrainern gesprochen, die über Symptome wie starken Husten, Kopfschmerzen, Kurzatmigkeit und tränende Augen klagten. Auch seien ihnen Kollegen bekannt, die an Kehlkopf-, Lungen- oder Hodenkrebs erkrankt und teilweise bereits verstorben seien. Die akuten Beschwerden seien unmittelbar während des Schießens in den unzureichend belüfteten Hallen aufgetreten und seit 2003 auch wiederholt der Behördenleitung bekannt gemacht worden.

Hintergrund soll sein, dass die Schießstände bei ihrer Erbauung für andere Waffen, höhere Schussdistanzen oder geringere Schussabgaben konzipiert waren. Geschlossen wurden marode und durch Schadstoffbelastungen gesundheitsgefährdende Schießstände allerdings erst Ende 2013.

„Dass die Beschäftigten und ihre Personalvertretungen bei einem so wichtigen Thema wie dem Arbeitsschutz über Jahre hinweg völlig ignoriert wurden, ist skandalös“, sagte Philipp weiter. Auch sei nicht nachvollziehbar, warum auf das fragliche Gutachten 2010 nicht gleich reagiert wurde. „Selbst bei einem Führungswechsel in der Behördenleitung, wie es damals der Fall war, gibt es einen Verantwortlichen. Die Berliner Polizei war auch 2010 nicht über Monate führungslos“, stellte sie klar.

Der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Polizei ist die mitgliederstärkste Vertretung von Angestellten und Beamten in der Polizei, bei der Feuerwehr, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie in den Ordnungs- und Bürgerämtern der Bezirke. Die Gewerkschaft setzt sich insbesondere gegen den Personalabbau und eine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit ein und macht sich für eine moderne Hauptstadtpolizei und -verwaltung mit zeitgemäßer Ausrüstung, einer gerechten und angemessenen Bezahlung sowie attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten stark.